

Werkrealschule

Auszug aus dem Plenarprotokoll vom 15.04.10

Aktuelle Debatte zur Einführung der Werkrealschule

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta für die Fraktion der CDU.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Alles wird gut! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gut erkannt, Frau Kollegin!)

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zu Beginn meines Diskussionsbeitrags noch einmal an das erinnern, was die Herausforderungen in der Schule sind, vor denen wir bei der Entscheidung zur Einführung der Werkrealschule gestanden haben. Da ist zum einen die Entwicklung, dass wir in den nächsten Jahren in vielen Berufsfeldern, in vielen Berufsbildern, im Fachkräftebereich, aber auch weit darüber hinaus einen großen Bedarf an qualifizierten Jugendlichen haben werden, die in diese Ausbildungsberufe, in diese Berufsbilder hineingehen können.

Ich habe in der Schulgesetzberatung die Studien mit den entsprechenden Zahlen und Prognosen genannt. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir für die Schülerinnen und Schüler, die im Moment in bestimmte Berufsbilder nicht hineinkommen, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie diese Chancen doch ergreifen können. Wir werden also unsere pädagogische Arbeit in allen Schularten weiter verbessern, auch durch die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Werkrealschule.

Wir haben darüber hinaus eine Schülerzahlenentwicklung, die man so laufen lassen kann. Dann geschieht das, was in den letzten zwei, drei Jahren in dieser Legislaturperiode schon geschehen ist: Zu Beginn dieser Legislaturperiode hatten wir 1 200 Hauptschulen; im Schuljahr 2009/2010 waren es noch 1 150.

Dies haben wir zum Anlass genommen, ein attraktives Angebot für die Kommunen zu machen als Antwort auf die inhaltlichen Anforderungen in dieser Schulart und mit neuer pädagogischer Konzeption. Gleichzeitig soll über die Voraussetzung der Zweizügigkeit für die Genehmigung eine Möglichkeit geschaffen werden, eine Antwort auf die Veränderungen der Schülerzahlen an den jeweiligen Standorten zu geben.

Die Inhalte dieses pädagogischen Konzepts sind bekannt: Als Abschluss steht bei dieser Schulart neben dem Hauptschulabschluss ein mittlerer Bildungsabschluss. Darauf gibt es nicht nur durch Zusatzstunden eine Vorbereitung, sondern die Konzeption sieht von Klasse 5 an eine individuelle Förderung in Richtung beider Abschlüsse vor; hinzu kommen Wahlpflichtfächer in den Klassen 8 und 9, die die berufliche Orientierung auf Berufsschulen und in die verschiedenen Berufsfelder hinein vorwegnehmen, und eine Kooperation mit den beruflichen Schulen in der zehnten Klasse. Das alles ist inhaltlich und fachlich gut erarbeitet und hat dazu geführt, dass 500 Schulen dies aufgrund ihres Antrags genehmigt bekommen haben und als Werkrealschulen an den Start gehen.

Wir werden nach dem jetzigen Stand rund 400 verbleibende Hauptschulen haben, die nicht zu Werkrealschulen weiterentwickelt werden.

Die Differenz zu den 1 150 Schulen sind 250 Schulen. Diese sind künftig zum großen Teil Standorte von Werkrealschulen.

(Das heißt, dass dieses Konzept gerade dafür Sorge trägt, dass die Schule im Dorf bleibt, anders als Sie es immer wieder zu suggerieren versuchen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zurückhaltung, Frau Haußmann! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann sollten Sie einmal etwas tun, z. B. mit einem Antrag!)

Ihre Argumentation, dass Sie dazu eine Alternative hätten, die mehr bringt, trägt – das wissen Sie auch ganz genau – beileibe nicht dazu bei. Es gibt nirgends in Deutschland die von Ihnen immer wieder in Schulgesetzentwürfen geforderte ausschließliche Zusammenfassung von Gymnasium, Realschule und Hauptschule. Nirgends hat sich das politisch durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist auch nicht richtig, als Alternative Hauptschule mit Realschule anzubieten und die Übergangszahlen von der Hauptschule auf die Realschule zu übertragen. Denn – das ist Ihnen auch völlig klar, Frau Kollegin Rastätter – die große Frage ist, wie viele derjenigen Schülerinnen und Schüler,

gerade im ländlichen Raum, die bisher mit einer Gymnasialempfehlung auf die Realschule gehen, auch zukünftig noch diesen Weg gehen.

Das heißt nicht, dass wir dadurch Chancen verbaut hätten. Wenn wir all die Landkreise im ländlichen Raum anschauen, stellen wir fest, dass dort die Übergangszahlen auf die Gymnasien nicht die höchsten sind.

(Abg. Jörg Döpfer CDU zu SPD und Grünen: Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen!)

Am höchsten sind dort aber die Zahlen derjenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung über die unterschiedlichen, differenzierten Wege schaffen. Ich habe hier schon mehrfach das Beispiel des Hohenlohekreises angesprochen, der die niedrigste Übergangsquote aufs Gymnasium aufweist, aber die höchste Quote an Hochschulzugangsberechtigten.

Diese Bildungswege werden Sie dadurch alle so nicht mehr haben, sondern Sie werden dadurch Übergangsquoten auf die Gymnasien in ganz anderer Größenordnung erfahren.

Dann kommen Sie mit dem Argument der sozialen Ungerechtigkeit und geben eine ganz einfache Antwort, indem Sie sagen, die Einheitsschule helfe, diese Ungerechtigkeit zu überwinden. Wenn das so einfach wäre, frage ich, warum es noch niemand versucht hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagen doch alle Experten! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Gehen wir doch in die inhaltliche Diskussion darüber, was in diesem Bereich helfen kann. Gerade heute steht ein langes Interview mit Jürgen Baumert in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in dem er auf diese Frage eingeht.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

– Ich bin schon am Ende meiner Redezeit. Aber wir haben ja noch eine zweite Runde, Herr Lehmann.

(Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

In diesem Interview wird Herr Baumert auf die sozialen Probleme angesprochen. Als einen Punkt, an dem etwas geschehen muss, führt er z. B. die Ausgangssituation für die fachliche Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an den unterschiedlichen Schularten an.

Konzedieren Sie jetzt doch einfach, dass wir gerade an diesem Punkt etwas tun, indem wir nämlich die Lehrerausbildung im Bereich von Haupt- und Realschulen zusammenführen, indem wir die Grundschullehrerausbildung verändern und indem wir für beide Lehrerausbildungen nun acht Semester, also eine deutlich längere Studienzeit, vorsehen.

Wir sind also doch genau an den Baustellen dran, die von wissenschaftlicher Seite aus für notwendig gehalten werden, um mit den Problemen an den Schulen umgehen zu können. Lassen Sie uns das weiter tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Peter Hofelich SPD: Applaus gegen die Realität!)